

Friedensförderung über gemeinsame Sicherheit und Wirtschaftskooperation

Embargos, Sanktionen, völkerrechtswidrige Wirtschaftskriege

14. Juni 2025 Reiner Braun (International Peace Bureau)

Die Alternative „gemeinsame Sicherheit“ mit vielfältigen Kooperationen scheint angesichts der weltweiten Kriegs- und Krisenszenarien unrealistisch, ja fast eine Feindbildpropaganda, konterkariert sie doch die Bedrohungsflüge.

Kooperation bezieht sich dabei auf zwei zutiefst verbundenen politischen Felder, hat einen historischen Vorlauf, nicht zuletzt in der Entspannungspolitik Willi Brandts und der Charta von Paris:

- Kooperative Beziehungen zwischen Russland Deutschland
- Kooperation zwischen Russland und Europa mit einem besonderen Schwerpunkt auf Russland und EU-Europa.

Die Visionen, die Philosophie, die Strategie und die Instrumente für kooperative Beziehungen sind vorhanden: sie heißen „Politik der gemeinsamen Sicherheit“.

Zentrale Herausforderung für eine neue europäische Sicherheitsordnung ist die Rückkehr zur Politik der gemeinsamen Sicherheit auf der Basis der Grundaussage des Olof Palme Reports von 1982 und seiner Fortschreibung im Palme Report 2 „our shared future“ vom April 2022, dass die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt werden müssen. Gemeinsame Sicherheit basiert auf Kooperation, Dialog und Verhandlungen, auf der Anerkennung der berechtigten Sicherheitsinteressen aller und demzufolge auf Ausgleich und Kompromiss. Die Sicherheit eines Landes ist undenkbar ohne die Sicherheit des anderen, des politischen Gegners. Gemeinsame Sicherheit beinhaltet Rüstungskontrolle und Abrüstung, ökonomische und ökologische Kooperation sowie vielfältige Beziehungen zwischen den Gesellschaften und den Menschen.

Davon sind wir im Frühjahr 2025 meilenweit entfernt.

Die Entwicklung einer solchen auf der Basis der gemeinsamen Sicherheit basierenden europäischen Friedensarchitektur ist eine neue Herkulesherausforderung und ist unmöglich ohne das aktive Engagement sozialer Bewegungen und besonders der Friedensbewegung

Diese kooperative Sicherheitsordnung ist auch unabdingbar notwendig für die Lösung der globalen Herausforderungen der Menschheit besonders für das Erreichen der Klimagerechtigkeit.

Was sind Anforderungen an eine neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur:

Illusionslos über die Geschwindigkeit hin zu einer neuen europäischen Friedensordnung muß diese jetzt angedacht, strategisch entwickelt und erste Schritte politikfähig gemacht werden. Dabei wird der Widerstand der zum Kriege treibenden politischen Kräfte immens sein. Aber auch die Entspannungspolitik von Willi Brandt wurde nicht ohne Kampf durch die Menschen auf der Straße und bei Wahlen durchgesetzt. Vergessen wir nicht fast wäre Willi Brandt politisch als Bundeskanzler durch den reaktionären Widerstand gestürzt worden.

Die Dynamik internationaler Veränderungen verbietet es umfassende Baukästen oder auch exakte Fahrpläne aufzustellen, dieses wäre unpolitisch und illusionär. Es bleibt das Ziel eine neue inklusive Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa zu erreichen, der Weg dahin vielfältig, mit vielen Weggabelungen und auch mit Rückschritten.

Politik der gemeinsamen Sicherheit und der Vertrauensbildung

Es geht – auf der Basis der Prinzipien der „Gemeinsamen Sicherheitspolitik – heute vor allem darum, Einstiege, Türöffner zu entwickeln um – zugespitzt formuliert – der vollständigen Zerstörung von Menschen, Natur und Planeten eine friedliche Perspektive entgegenzustellen.

Dabei muss ein verloren gegangenes Gut absolut im Mittelpunkt stehen: Vertrauensbildung, und zwar auf allen Ebenen.

--2-

Dabei geht es darum auf der Basis der Interessen der verschiedenen Seiten gemeinsame Lösungen zu finden. Kaum einer hat dieses deutlicher formuliert als Egon Bahr „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.

Die Interessen aller Seiten – nicht nur die eignen – müssen als legitim und diskussionswürdig angesehen, Kompromisse als politisch sinnvoll und notwendig erachtet werden. Vertrauen bedeutet dabei auch, den anderen zu respektieren und anzuerkennen, dass auch er oder sie Lösungen suchen. International müssen die gegenseitigen Sicherheitsinteressen anerkannt werden, Dialog und Gespräch wie Verlässlichkeit sind die zentralen Instrumente. Dazu gehört auch ein gesellschaftliches Klima, in der Feindbildprojektionen ausgeschlossen, Stereotypen vermieden und bewusst herbeigeführt fake news keine Rolle spielen, Doppelmoral oder sogar Betrug sollten ausgeschlossen sein. Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit, auch persönliche Integrität sind wichtig, um ein Klima des Vertrauens zu schaffen.

Vertrauensbildung hat verschiedene politische und gesellschaftliche Ebene und Akteure

- Ebene der „hohen“ nationalen und internationalen Politik
- Ebene politischer Institutionen wie Parlamente
- Ebene gesellschaftlicher Organisationen wie Gewerkschaften und Kirchen
- Ebene der Zivilgesellschaft wie z.B. Friedensbewegungen
- Persönliche individuelle Kontakte von Mensch zu Mensch
- Vertrauensbildung im militärischen Bereich. Angeknüpft werden könnte das Konzept "Vertrauensbildender Verteidigung" Die Idee einer Umrüstung auf betont defensiven Schutz mit der Perspektive weitgehender Abrüstung lag auch der Militärreform Gorbatschows zu Grunde und trug wesentlich zur Überwindung des Kalten Krieges bei.

Diese Ebenen können sich vermischen aber auch ergänzen. Es können aber auch ganze Ebenen z.B. wegen Sanktionen wegfallen.

Gesellschaftlich notwendig ist aber auch Druck auf Regierungen, die sich Prozessen des Dialogs widersetzen. Dies ist eine Notwendigkeit für die Aktionstätigkeit der Friedensbewegung

Schritte der Vertrauensbildung

Was ist also jetzt in der Situation einer fast totalen Konfrontation in Europa zu tun und möglich:

- Beibehaltung und Ausbau der Gesprächskontakte auf der Ebene der Zivilgesellschaft mit Russland, zentrale Bedeutung von Wissenschaft und Kultur
- Wiederbelebung der Wissenschaftskontakte zu Russland. Der Abbruch dieser Beziehungen in einer Institution, die sich internationaler Zusammenarbeit verpflichtet fühlt, war unverantwortlich oder Einstein würde sich im Grabe umdrehen. Ähnliches gilt für die Gewerkschaften und die Kirchen.
- Ausbau der persönlichen Kontakte. Viele besonders auch in Ostdeutschland habe diese und pflegen sie. Auch jetzt kann Frau und Mann nach Kaliningrad, an den Baikalsee oder nach Kamtschatka in den Urlaub fahren. Die Wiedereinführung direkter Flüge wäre ein Schritte der Wiederbelebung von Kontakten
- Wiederbelebung erster - mutiger - nicht öffentlicher Kontakte auf politischer Ebene. Auch kontroverse Gespräche können Vertrauen schaffen. Kontakt zwischen Parlamentariern sollten bald folgen.
- Wirtschaftliche Kontakte zur Sowjetunion öffneten Türen in den 60. Jahren zu politischen. Der weitestgehende Abbruch der ökonomischen Zusammenarbeit schadet beiden Seiten und sollte zu ersten neuen kooperativen Schritten führen. Die Notwendigkeit billiger Energie schreit ja

nach Kooperation oder wollen wir ewig vom dreckigen Fracking Gas und den Zöllen von Herrn Trump abhängig sein. Die noch existierenden europäischen Unternehmen in Russland können sicher ein Türöffner sein. Sanktionen, die einem mehr schaden als dem anderen sind nicht nur wegen ihrer Völkerrechtswidrigkeit, sondern auch als nutzlos, ja schädlich aufzuheben. Neue Kontakte für die Modernisierung Russlands, für die Wiedereröffnung von Wirtschaftsbeziehungen (über 7000 deutsche Betriebe in Russland bis 2022) Rohstoffe gegen Technologien bleibt auf der Tagesordnung.

- Völkerrechtswidriger Wirtschaftskrieg besonders mit Sanktionen, die dem eigenen Land mehr Schaden sind prinzipiell unzulässig und zerstörerisch für jede zukünftige Partnerschaft. Völkerrechtlich verbindliche Wirtschaftssanktionen kann nur der UN Sicherheitsrat verhängen, alle anderen Sanktionen sind politische Willkür und dementsprechend völkerrechtswidrig
- Wer an die Stärke von Demokratie und Argumenten glaubt, hat keine Angst vor Diskussionen: medialer Austausch, öffentliche Diskussionen mit „der anderen Seite“, möglichst umfassende mediale Präsenz auf allen Seiten führt zu Verständnis und Nachdenken.
- Notwendig sind sicher auch die Wiederbelebung der Städtepartnerschaften, die über Jahrzehnte ein solider Baustein für kooperative Beziehungen war.
- Eine größere Bedeutung als in den 70 Jahren werden ökologische Kontakte auf bilateraler und internationaler Ebene haben. Diese drängen sich angesichts der globalen Dimension der menschengemachten Klimaveränderungen auf, erst Recht angesichts der Trumpschen Zerstörungspolitik.
- Eine rationale Debatte über die Politik und die Führung Russlands, die historisch konnotiert, Feindbildkonstruktionen und Dämonisierung überwindet sowie faktenbasiert Entwicklungen analysiert mit dem Ziel Gemeinsamkeiten zu identifizieren und Diskursprozesse für kontroverse Standpunkte einzuleiten, ist notwendig

Diese ersten so notwendigen Schritte sollten begleitet werden von einer „Aktion der Hoffnung“: ein Treffen aller (!!) KSZE- Regierungschefs am 50. Jahrestages in Helsinki. Dieses Treffen könnte einen Weg zu mehr Verständigung öffnen und das Eintreten und Wirken für diesen „Gipfel der Hoffnung“ könnte die Gedanken für kooperative Sicherheit wieder auf die politische Agenda setzen. Ein Ziel, für das es sich lohnt, sich zu engagieren.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Unverzichtbarere Bestandteil hin zu einer neuen Entspannungspolitik sind Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es ist eine zentrale

Aufgabe der Friedensbewegung und einer neubelebten Friedensforschung diese Debatte frühzeitig zu initiieren und in den politischen Diskurs einzuspeisen.

Dabei geht es, u.a. um

- Die Revitalisierung von Rüstungskontrollabkommen
- Ein Verbot der Stationierung von Mittelstreckenwaffen
- Entmilitarisierte Zonen und Rückzug von Offensivwaffen
- Atomwaffenfreie Zonen und Staaten
- Vertragliche Vereinbarungen zu Cyber Security und KI
- Einfrieren der Aufrüstung

Letztendlich geht es um umfassende Abrüstungsvereinbarungen, bei denen die Rüstungsausgaben zugunsten der sozialen Entwicklung und der Lösung der globalen Herausforderungen drastisch gekürzt werden müssen.

Unverzichtbar für eine Entwicklung in Richtung gemeinsamer Sicherheit ist ein Ende des Ukraine-Krieges, durch Verhandlungen, Waffenstillstand und einer Friedensvereinbarung, die eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausschließt und Friedens- und Sicherheitsgarantien für alle Beteiligten enthält. Eines Friedens-, Versöhnungs- und Wiederaufbauprozess mit und für alle am Konflikt Beteiligten ist eine international aber auch eine europäische Friedensherausforderung.

Europa ist Teil einer sich rapide verändernden Welt und diese sich trotz der westlichen Konfrontationspolitik in vielen Teilen einschließlich USA/Rusland, in Japan/China/Südkorea oder Indien/China in Richtung einer Entspannungspolitik (trotz aller Widersprüche) bewegt, wird dies an Europa nicht spurlos vorübergehen und einen neuen Anlauf in Richtung Entspannung positiv beeinflussen. Stärken Veränderungen der Kräftekonstellation und eine Tendenz zu mehr Kooperation in entscheidenden Teiler der Welt werden nicht an Europa vorbeigehen

Dies gilt auch umgekehrt: Die europäische Friedensordnung der Zukunft wird eine eurasische sein oder zumindest werden wesentliche Elemente des Friedens auch auf Eurasien ausgerichtet sein.

Nichts ohne Friedensbewegung

Nichts auf diesem erkennbar steinigem und dornigen Weg wird ohne die internationale und national handelnde Zivilgesellschaft besonders ohne die Friedensbewegung geschehen. Sie ist der Inspirator, Motor, Avantgardist aber auch kritische Begleiter hin zu Entspannung, Frieden und Abrüstung. Ihre Aktionen und Handeln sind unverzichtbar, um die Entwicklung hin zu einer sich abzeichnenden Katastrophe eines großen Krieges zu verhindern und die Tür zu öffnen, für die Vision einer gerechten und friedlichen Welt.